



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

Morgen — Dienstag den 2ten Mai — wird die Zeitung nicht erscheinen, weil die sämmtlichen Arbeiter in der Druckerei nicht abgehalten werden sollen, an den heutigen Urwahlen, die möglicherweise den ganzen Tag in Anspruch nehmen, sich zu betheiligen.
Die Red. d. Ztg.

J u l a n d.

Auf die Allerhöchste Botenschaft vom 4. d. M. ist von dem Vereinigten Landtage in seiner Sitzung vom 10. d. M. der Beschluß gefaßt worden, daß Ew. Königl. Majestät Regierung zu ermächtigen sei, auf außerordentlichem Wege, zum inneren und äußeren Schutz der Monarchie, eine Summe von 15 Millionen Thaler zu beschaffen.

Der patriotische Sinn, mit welchem der Vereinigte Landtag erkannte, daß Preußen den Ereignissen, welche eine Zeit gewaltiger Erschütterungen herbeiführen kann, vorbereitet und gerüstet gegenüber treten müsse, und mit welchem er fast einstimmig die Mittel zur Behauptung einer solchen Stellung in die Hand der Regierung legte, hat in der Nation seinen Wiederhall gefunden. Unter den dadurch angeregten Rundgebungen der Vaterlandsliebe tritt auch die hervor, daß aus vielen Theilen des Landes freiwillige Beiträge zur Bestreitung des durch die Zeitverhältnisse vermehrten Staatsbedarfs oder Anerbietungen zu solchen Beiträgen eingehen.

Obwohl sich das Staats-Ministerium zur Zeit noch nicht in dem Falle befindet, allgemeine Vorschläge wegen Aufbringung der von dem Vereinigten Landtage bewilligten Summe, sei es im Wege einer außerordentlichen Steuer, sei es durch eine nach Verhältnis des Vermögens zu erhebende Auleihe, Ew. Königl. Majestät zur Allerhöchsten Genehmigung vorlegen zu müssen; so ist es doch der Ueberzeugung, daß eine Verkennung des patriotischen, in jenen Anerbietungen zu freiwilligen Beiträgen sich deutlich ausprechenden Sinnes darin liegen würde, wenn der Staat diese Anträge zurückweisen wollte. Das Staats-Ministerium ist aber auch ferner der Ansicht, daß diese meist ohne irgend einen Vorbehalt dargebotenen Beiträge nur in Form einer vom Staate zu verzinsenden Schuld anzunehmen seien, um auf diese Weise dafür Sorge zu tragen, daß diejenigen, welche schon jetzt und ohne eine Aufforderung dazu zu erwarten, herbeigeeilt sind, um sich Opfer zu Gunsten des Vaterlandes aufzuerlegen, das von ihnen freiwillig Gezahlte, sofern die Eröffnung außerordentlicher Hülfquellen erforderlich werden sollte, auf die alsdann dem Lande aufzuerlegenden Leistungen angerechnet oder, wenn diese Nothwendigkeit nicht eintreten sollte, zurückgezahlt werde.

Indem daher das Staats-Ministerium bei Ew. Königl. Majestät allerunterthänigst darauf anträgt:

die Annahme dieser Beiträge als eine Schuld des Staates nach Maßgabe des Gesetzes vom 17. Januar 1820 auf Grund des Beschlusses des Vereinigten Landtages vom 10. d. M. huldreichst genehmigen zu wollen, bemerkt es in Beziehung auf die bei der weiteren Behandlung der Sache festzuhaltenen Gesichtspunkte ehrfürchtvoll Folgendes:

Die zur Zeit eingesendeten oder dargebotenen Beiträge bestehen außer in baarem Gelde auch in verarbeiteten edlen Metallen und in einstragenden Papieren und anderen Gegenständen. Die Annahme edler Metalle, sowohl in Barren, wie auch verarbeitet, wird kein Bedenken finden; dieselben werden zur Einschmelzung und Ausprägung an die Münze abzuliefern sein, und es wird der Billigkeit entsprechen, sie den Einsendern zum vollen Metallwerthe ohne Abzug der Einschmelzungs- und Prägungskosten, also die feine Mark Gold zu 219 ²/₁₃ Rthlr. Courant und die feine Mark Silber zu 14 Rthlr. Courant, anzurechnen. Beiträge anderer Art dagegen, wenn sie gleich dem Patriotismus der Einsender eben so volle Ehre machen, als ob sie in anderer Form dargebracht wären, eignen sich nicht zur Annahme, da es für die Verwaltung Schwierigkeiten hat, für die Ver Silberung derselben Sorge zu tragen, diese Ver Silberung auch von den Gebern selbst durchweg unter günstigeren Voraussetzungen zu bewirken sein wird, als wenn der Staat dieselbe übernehmen wollte.

Ueber die Höhe der Beiträge kann, da sie ganz freiwillig sind, eine Bestimmung nicht getroffen werden; wohl aber ist es nothwendig, die Verzinsung und

damit die Ausfertigung förmlicher Schuldschreibungen nur für bestimmte abgerundete Summen eintreten zu lassen, um die Verwicklungen zu vermeiden, welche mit der Zahlung von Zinsbeträgen für ganz geringe oder für nicht abgerundete Summen unzertrennlich verbunden sind. Als der geringste zu verzinsende Betrag dürfte die Summe von zehn Thalern anzusehen, und es dürfte mit der Verbriefung alsdann in Steigerungsfällen von 20 Rthlr., 50 Rthlr. und 100 Rthlr. fortzufahren sein. Ueber die hiernach nicht zu verbrieften und zu verzinsenden Beträge würden die Einsender einfache Quittungen erhalten und ihnen damit Gelegenheit gegeben werden, sich durch Nachzahlungen das Recht auf Ausstellung einer Schuldschreibung und Genuß der Zinsen zu verschaffen. Diejenigen Beträge, welche nicht durch Nachzahlungen nach Verlauf einer gewissen Frist zu der für die Verzinsung geeigneten Höhe gebracht sein werden, sind auf Verlangen zurückzuzahlen.

Die Rückzahlung des aufkommenden verzinsbaren Gesamtbetrages nach 10 Jahren hat in dem Vertrauen zugesagt werden dürfen, daß alsdann die Finanzlage des Staates dieselbe ohne Schwierigkeit gestatten wird. Sollte die Veranlassung, welche die Regierung zur Annahme dieser freiwilligen Darleihung bestimmt, schon früher beseitigt werden, oder sollten andere Gründe die beschleunigte Rückzahlung wünschenswerth machen; so muß dem Staate auch schon früher die Kündigung freigestellt bleiben.

Die Verzinsung der verbrieften Beträge zu 5 pCt. entspricht dem gegenwärtigen Stande des Geldmarkts. Mit dem Erlaß der zur Ausführung der Sache erforderlichen Vorschriften werden das Finanz-Ministerium und beziehungsweise die Haupt-Verwaltung der Staatsschulden zu beauftragen sein.

Der Entwurf einer über den Gegenstand vorläufig zu erlassenden Allerhöchsten Bestimmung ist allerunterthänigst beigelegt. Berlin, den 25. April 1848.

Das Staats-Ministerium.

Camphausen. Graf v. Schwerin. v. Auerswald. Bornemann. v. Arnim. Hansemann. v. Keyser. v. Patow.

An des Königs Majestät.

Kraft des von dem zweiten Vereinigten Landtage gefaßten zustimmenden Beschlusses wegen Beschaffung der zum inneren und äußeren Schutze des Staates erforderlichen Geldmittel will Ich auf den Antrag des Staats-Ministeriums hierdurch genehmigen, daß die zur Bestreitung des Staats-Bedarfs eingehenden freiwilligen Beiträge, so weit solche in Geldsorten, deren Annahme in den Staatskassen gestattet ist, oder in Gold und Silber bestehen, angenommen werden. Diese Beiträge sollen als eine Schuld des Staates nach dem Gesetze vom 17. Januar 1820 durch Schuldschreibungen zu zehn, zwanzig, funfzig und hundert Thalern verbrieft und vom ersten Tage des auf die Einzahlung folgenden Monats an, mit jährlich Fünf vom Hundert, in halbjährlichen Raten verzinst werden. Berechtig ist der Staat zur Rückzahlung zu jeder Zeit nach sechsmonatlicher Kündigung, verpflichtet dazu erst nach zehn Jahren. Dem Darleher steht innerhalb dieses Zeitraums zwar nicht die Kündigung zu, wohl aber die Anrechnung auf eine außerordentliche, nach Verhältnis des Vermögens zu erhebende Auleihe oder Steuer für den Fall, daß eine solche ausgeschrieben werden möchte. Dargeliehenes Gold und Silber soll zur Münze abgeliefert und den Einsendern der volle Metallwerth ohne Abzug der Umschmelzungs- und Prägungskosten in Anrechnung gebracht werden.

Diese Meine Bestimmung ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen und durch den Finanz-Minister, beziehungsweise durch die Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, zur Ausführung zu bringen.

Potsdam, den 25. April 1848.

Friedrich Wilhelm.

Camphausen. Hansemann.

An das Staats-Ministerium.

Posen, den 30. April. Ein Extrablatt der Allg. Pr. Ztg. enthält Folgendes: Die Redaktion der Allg. Preussischen Zeitung sieht sich außer Stande, heute ein Blatt erscheinen zu lassen *); die Umstände, welche die Herausgabe verhindern, gehen aus nachstehender Erklärung hervor:

Die gestörten Verhältnisse zwischen den Buchdrucker-Prinzipalen und Gehülfen haben es der unterzeichneten Druckerei unmöglich gemacht, die heutige Nummer der Allgemeinen Preussischen Zeitung erscheinen zu lassen. Die Gehülfen derselben haben im Interesse ihrer Kollegen in einigen anderen Instituten nicht geglaubt, sich von einer Demonstration zurückziehen zu dürfen, zu welcher ihnen speziell in keiner Weise Veranlassung gegeben war.

Berlin, den 28. April 1848.

Decker'sche Geheime Ober-Hofbuchdruckerei.

Posen, den 30. April. Der gestrigen Polnischen Zeitung war eine „Protestation“ folgender Inhalts beigelegt: „Da die Polnischen Einwohner der Stadt Posen, ebenso wie diejenigen im Gesamten Großherzogthum Posen gegen jede Theilung des Großherzogthums und gegen die Einverleibung irgend eines Theils desselben in den Deutschen Bund, also auch gegen die Einverleibung der Stadt Posen protestirt haben und hiermit feierlichst protestiren, so erklären die in Posen wohnenden Polen, daß sie sich bei den am 1. Mai stattfindenden Wahlen weder betheiligen können noch werden, da eine derartige Vertheiligung dasjenige beständigen würde, wogegen sie protestirt haben und zu protestiren nie aufhören werden. Posen, den 28. April 1848. (Unterschriften.)“ (Die Namen der Unterzeichneten waren nicht mit abgedruckt.)

○ Posen, den 30. April. Der „Kuryer Warszawski“ enthält in der letzten uns zugekommenen Nummer die Nachricht, daß auf Veranlassung des Fürsten-Statthalters sich eine Deputation der 4 ersten Magnaten des Königreichs Polen — darunter Krasinski — nach St. Petersburg begeben werde, um den Kaiser zu bitten, das ehemalige Königreich Polen in der Verfassung, wie es vor der Revolution gewesen, wieder herzustellen, und die geeigneten Schritte zu thun, daß auch die jetzt nicht dazu gehörenden Theile desselben (— natürlich Posen und Galizien —) unter Russischem Scepter vereinigt würden.

Berlin. — Reisende, die so eben von Hannover kommen, berichten, daß nach Bremen mittelst Telegraph die Nachricht gelangt sei, daß die Preussische Garde zwei Kriegsschiffe genommen habe. So unglaublich diese Nachricht klingt, so haben wir sie doch unsern Lesern nicht vorenthalten wollen; es wird hinzugefügt, die Preussischen Truppen hätten Boote verlangt, diese bemannt und trotz des heftigsten Feuers von den Kriegsschiffen, diese erstrümt. — Eben so wird uns gemeldet, daß der Bremer Senat die Nordamerikanischen Freistaaten um Herfsendung von Kriegsschiffen zum Schutz des Handels gegen die Dänen angegangen habe.

* Breslau, den 28. April. So eben gehen uns betäubende Nachrichten aus Krakau zu. Seit längerer Zeit schon war das augenscheinliche Bestreben des dort bestehenden Bürger-Komite's, sich der faktischen Regierungsgewalt zu bemächtigen, es maßte sich bereits viele der Regierung allein zustehende Rechte an, erteilte namentlich an aus Frankreich und Belgien hierher zurückgekehrte Emigrirte Pässe nach Galizien, ja es verlangt von den Bewohnern Krakaus die Zahlung der Steuern für ein und ein halbes Jahr zu seinen, des Komite's, Zwecken. An alle irgend waffenfähigen Männer erließ es einen Aufruf, sich der Polnischen National-Armee anzuschließen und versprach ein Handgeld von 5 Dukaten. Endlich ging man so weit, von der Regierung Waffen zu verlangen. Große Haufen, unter ihnen sehr viel eben zurückgekehrte Emigranten, zogen am 25. vor das Haus des Kreishauptmanns Baron von Krieg und forderten stürmisch Waffen; dieser ließ sich einschüchtern und sagte die Verabfolgung derselben auf den folgenden Morgen zu. Der Feldmarschall Castiglione erklärte sich jedoch hiermit nicht einverstanden und versagte ihnen am 26. kurz jede Bewaffnung. Nun begaben sich die immer größer werdenden Haufen nach den Vorstädten, um Senfen zu schneiden, tobend und lärmend errichteten sie in mehreren Straßen Barrikaden und griffen einzelne Posten an. Darauf wurde Generalmarsch geschlagen, Castiglione zog das Militär in die Burg und ließ die Stadt von hier aus von 2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends mit schwerem Geschütz beschießen. Als dann trat eine Art Waffenstillstand ein: die Bürger verbürgten sich bei dem Feldmarschall für die Ruhe der Stadt. Am 27. früh ist eine Deputation des Bürger-Komite's nach Wien abgegangen, um sich über die Maßregeln der Behörden zu beschweren. Die Aufregung in Krakau soll in Folge dieser Ereignisse unbeschreiblich sein.

* Breslau, den 29. April. Ich beile mich, Ihnen noch folgende Mittheilungen über die Krakauer Ereignisse, die ich von Augenzeugen habe, zu senden. Als Generalmarsch geschlagen worden, sammelte sich das Militär auf dem Ringe und alsbald begann der Kampf, in dem ein General getödtet und der Feldmarschall Castiglione selbst verwundet wurde; wie es heißt, sollen seine Wunden — Schußwunden — sogar gefährlich sein. Die Barrikaden waren erbärmlich, Nichts als einige zusammengelegte Fässer und Bänke; nur in der Grodzki-Straße war das Pflaster stellenweise aufgerissen. Castiglione fürchtete wahrscheinlich, daß das Militär bei einem Straßenkampfe zu viel Verluste erleiden würde, deshalb zog er alle Truppen in die Burg und nun begann das furchtbare Bombardement, ununterbrochen schoß man mit Bomben und Granaten. Die Stadt soll sehr gekittet haben. Während des Kampfes kam ein Courier aus Wien, der

*) Auch die andern Berliner Zeitungen sind ausgeblieben.

D. Red.

den Befehl zur Auflösung des Polnischen Comit'es und Entfernung der Emigranten brachte. Bei der Capitulation wurde in Folge dessen festgesetzt, daß alle Emigranten, gleichviel ob sie geborne Galizier oder Krakauer sind, binnen 3 Tagen die Stadt verlassen müssen; sonst würde alsbald das Bombardement wieder beginnen. Die Emigranten haben sich, obgleich die Einwohnerchaft Krakau's zum großen Theil für est ist, dazu entschlossen, die Stadt zu verlassen, welchem Entschluß es besonders ins Gewicht fiel, daß plötzlich ein Courier von dem an der Grenze kommandirenden Russischen General Rüdiger eintraf, so daß zu vermuthen stand, daß die Russen, die sehr zahlreich an der Grenze stehn, den Oesterreichern Hilfe angeboten haben. — Heute und gestern sind hier in Breslau bereits mehrere Hundert jener Emigranten, größtentheils in gar dürftigem Aufzuge, angekommen; ihre Erbitterung geht vor Allen gegen Castiglione.

Hamburg, den 27. April. Mit dem heute Abend eingetroffenen Bahnzuge erfahren wir, daß die Bundestruppen vorgestern früh um 9 Uhr ohne allen Widerstand wirklich in Flensburg eingerückt sind. Das Anrücken der Preußen hatte unter den Dänen einen so panischen Schrecken verbreitet, daß sie sogar mit Zurücklassung von Gepäck auf den Straßen die Flucht ergriffen. Eine Hannoverische Neupfänder-Batterie war auf den Anhöhen an der See aufgefahren, um die Kriegsschiffe zu beschießen. Nach einigen Schüssen, die das Dampfschiff Hella erwiderte, zog letzteres plötzlich die weiße Fahne über die Danebrogfahne auf, welches dadurch erklärt wird, daß Schiffe mit Verwundeten sich zwischen dem Dampfschiff und der Hannoverischen Batterie befanden, worauf das Feuer sogleich eingestellt wurde. Sobald die Schiffe jedoch aus dem Bereich der Batterie waren, wurde das Feuer wieder eröffnet; indessen das Geschütz der Hannoveraner war zu leicht, um den Dänen in der Entfernung wesentlichen Schaden zufügen zu können, während das Dänische Geschütz, von weit schwererem Kaliber, theilweise über die Köpfe der Hannoveraner wegschoß. Man sah mehrere Dampfschiffe sich entfernen. In einem Treffen bei Oversee hat sich besonders Hannoverische Infanterie gegen Dänische Jäger, die sich überaus tapfer schlugen, ausgezeichnet. Nachdem der Kommandeur dieser Jäger getödtet war, gelang es erst, sie zur Uebergabe zu zwingen, obwohl sie sich mit wahrhafter Wuth widersetzen. Nach den letzten Berichten hatten sich die Bundestruppen, welche theilweise bis Bau vorgedrungen waren, wieder in Flensburg concentrirt, um einen Rasttag zu halten.

Hamburg, den 27. April. Mit dem heutigen Vormittagszuge ist folgende Nachricht eingegangen: Gestern Morgens 10 Uhr rückten die beiden Preuss. Garde-Regimenter vor; bei Haudewitz und Bau kam es zu einem Treffen mit den Dänen, in welchem letztere total geschlagen wurden und 12 Kanonen im Stich lassen mußten. Es sollen 50 Dänen und 52 Preußen geblieben sein. Durch dieses Gefecht erklärt sich das Geschützfeuer, welches man in Flensburg gehört hat.

— Der Mittagzug bringt von Rendsburg nichts Neues, dagegen von Kiel die Nachricht, daß diesen Morgen vor Büll, beim Einlaufen der Bucht von Kiel, drei Dänische Kriegsschiffe erschienen sind, worauf eine Staffette nach Rendsburg zur Herbeischaffung von Truppen abgegangen.

— In Altona werden noch 2 Batterien von Magdeburg per Bahn erwartet.

— Im Widerspruche zu der Vermuthung, daß Schweden und Norwegen sich für Dänemark zu betheiligen gesonnen seien, kann angeführt werden, daß die Schwedisch-Norwegischen Konsulen Befehl erhalten, auf keine Weise und unter keiner Form an den jetzigen politischen Unruhen Antheil zu nehmen, sondern ihre Wirksamkeit im strengsten Sinne nur zum Schutze des nationalen Handels und der nationalen Schifffahrt zu verwenden.

Flensburg, den 25. April. Die Deutschen sind diesen Morgen eingezogen und zeigen sich diesen Augenblick aktiv, vom Schloßberg über die Stadt nach den im Hafen liegenden Dänischen Kriegsschiffen zu schießen. Die im Norden der Stadt Wohnenden ziehen mit ihren Familien nach dem südlichen Theil.

Nachrichten vom Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein.

Tages-Befehl. Durch Beschluß des Deutschen Bundes ist mir das Ober-Commando der jetzt im Herzogthum Holstein versammelten Deutschen Truppen anvertraut worden, ich habe dasselbe am heutigen Tage übernommen. Der Chef des Stabes ist der Preussische Gen.-Major v. Stöckhausen, bis zu dessen nahe bevorstehenden Anfunft versteht der Major v. Kirchfeld vom Generalstabe dessen Dienst. Commandirender Artillerie-Offizier ist der heute Abend zu erwartende Preussische Oberst v. Fidler. Als Ordonnanz-Offiziere sind ein Hannoverischer und ein Schleswig-Holsteinscher Offizier zu kommandiren, die sich entweder morgen früh 6 Uhr in Rendsburg, oder um 7 Uhr bei der Avantgarde der Kolonne des General-Major von Möllendorf bei mir zu melden haben, woselbst ich auch alle übrigen Meldungen empfangen werde. Die Stabswache wird von den Preussischen Truppen gegeben, worüber der Division das Nähere bereits mitgetheilt worden ist. Alle ökonomischen Verhältnisse werden, wie bisher, unmittelbar von den einzelnen Commando's besorgt. Unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten ist den Truppen der nachstehende Tagesbefehl vorzulesen: „Soldaten! die Rechte Deutschlands sind von den Dänen verlegt und Ihr bestimmet, dieselben aufrecht zu erhalten. Vom Deutschen Bunde zu Eurem Ober-General ernannt, betrachte ich es als ein hohes Glück und als eine besondere Ehre, berufen zu sein, Euch zu diesem Zweck in den Kampf führen zu können. Eure bewährten Führer und Eure Tapferkeit sind mir Bürge für den Erfolg. „Vorwärts für Deutschland!“ sei fortan unser gemeinsames Lösungswort und mit Gott im Herzen wird der Sieg dann unser sein. — Es lebe unser gemeinsames Vaterland, es lebe Deutschland, Hoch! — und nun vorwärts!“ Rendsburg, den 22. April 1848. Der Königl. Preuss. General der Kavallerie. (68.) v. Wrangel.

Frankfurt. — (D. P. N. Z.) Ich habe in No. 110 der „Oberpostamts-Zeitung“ der zwei Schreiben erwähnt, welche der Pole v. Niegolewski „auf Grund einer ihm von dem Polnischen National-Comité im Großherzogthum Posen erteilten Vollmacht“ an den Fünfsziger-Ausschuß gerichtet hat, und sowohl, weil diese Aktenstücke außerhalb Frankfurts, wo Herr v. Niegolewski sich aufhält, weniger oder gar nicht bekannt sein dürften, als um der großen Folgen willen, welche die Polnische Frage, je nachdem sie aufgefaßt oder gelöst wird, für Deutschland haben muß, komme ich darauf zurück. Schon das erste der beiden Schreiben, vom 7. April datirt, deutet Deutschlands Sympathien für eine Wiederherstellung Polens dahin, daß die Deutschen Regierungen die unter ihrer Herrschaft stehenden Theile des früheren Polnischen Reiches so gleich freizugeben, und daß Deutschland sich für und mit Polen unverzüglich in Krieg mit Rußland zu stürzen habe. Der ganze Inhalt des Schreibens läuft darauf hinaus, daß, wenn Deutschland diesen Weg zur Wiederherstellung Polens nicht einschlagen wolle, wir auf keine brüderliche und dankbare Gesinnung der Polen gegen uns und unsere Deutschen Brüder rechnen können. Daneben wird uns der eiligste Krieg mit Rußland als eine Nothwendigkeit vorgestellt, und ob auch wir diese Nothwendigkeit erkennen, darnach ist eben keine Frage. Wir haben nicht einmal eine beratende Stimme über den Zeitpunkt, wo wir einen solchen Kampf, wenn er nothwendig wäre, beginnen wollten. Dabei spricht Herr v. Niegolewski von der Mission der Polen „zum Heile der Civilisation gegen Asiatisches Barbarenthum“ und droht uns gleichwohl mit dem Barbarenthum, welches seitdem schon von den Polen gegen die Deutschen im Großherzogthum Posen verübt wird. Endlich bittet er den Fünfsziger-Ausschuß, das in Nr. 97 des „Frankfurter Journals“ veröffentlichte Manifest Kyskowsk's, des Abgeordneten des Polnischen Nationalcomité's in Westpreußen, „als einen Beweis politischer Absichten der Polen zu nehmen.“ Ob dies alles Vertrauen erwecken, ob Deutschland sich von den Polen den Gang seiner Politik vorschreiben lassen könne, bedarf keiner Beantwortung. Es ist traurig, daß die Polen durch voreilige Anstöße, deren Erfolglosigkeit sie nun schon so oft erfahren haben, aufs neue das Gelingen ihrer Befreiung in Frage stellen wollen, jedenfalls können und dürfen wir, wenn wir nicht unsere Civilisation gefährden, die Befestigung unserer jungen Freiheit aufs höchste erschweren wollen, uns nicht voreilig in einen Krieg mit Rußland stürzen, so lange wir, wie bis jetzt, die Ueberzeugung haben können, daß dieses, mit welchen Augen es auch den Umschwung der Dinge in Deutschland ansehe, die friedliche Entwicklung derselben nicht feindlich tören wolle; denn dies zu thun, hat Rußland weniger Interesse, als Herr v. Niegolewski, uns es glauben zu machen. Das zweite Schreiben desselben vom 13. April verstärkt und wiederholt den Inhalt des ersten. Deutschland soll dem ungestümen Losschlagen der Polen seine Sanktion erteilen, „helfend vorangehen bei der Wiebergeburt Polens. Dieses will und muß frei werden. Frankreich, Deutschland und England haben ihre Stimmen dafür erhoben; der Augenblick der That ist gekommen.“ Soll Deutschland helfend vorangehen, so muß es doch über den Augenblick zur That ein Wort mit zu sagen haben; wo nicht, so haben die Polen das Mißlingen ihrer Befreiung nur sich allein zuzuschreiben. In dem ersten Schreiben wird gedroht, daß „der Schauder, welchen der Pole vor einem Bruche des auf den Barrikaden von Berlin mit Blut besiegelten Bruderbundes empfinde, in Folge halber oder verkehrter Regierungsmaßregeln erlösch“ werde, in dem zweiten ist, wie wir auch bereits aus allen Zeitungen ersahen, „der Bürgerkrieg seinem vollen Ausbruche nahe.“ Die halben Regierungsmaßregeln bestehen darin, daß das neue und erste konstitutionelle Preussische Ministerium Deutschland von einem muthwilligen und unzeitigen Kriege mit Rußland bewahren will und den Polen alle Zugeständnisse macht, die sich mit diesem Zweck nur irgend vertragen. Das sollte Herr v. Niegolewski anerkennen und nicht uns, sondern seinen Landsleuten mit den Folgen ihres undankbaren und thörichten Ueberstüzens ihrer eigenen Pläne drohen.

Heidelberg, den 24. April. (D. P. N. Z.) Wir hatten heute hier eine Revolution, auf welche man seit zwei Tagen vorbereitet war, deren Ausgang aber glücklicher Weise unblutig, ja sogar komisch war. Die benachbarten Bauern nämlich waren im Namen der Gemeinderäthe Ohlinger und Raps schriftlich eingeladen worden, heute in Heidelberg einzurücken, wo die Republik proklamirt werden sollte. Schon gestern war dies öffentlich bekannt, und da es sich herausstellte, daß jener Aufruf ohne Wissen gedachter Männer und unter fälschlicher Benutzung ihrer Namensunterschriften erlassen worden, nahm man den dieser Fälschung Verdächtigen, den ehemaligen Studenten Wolff, fest, und heute rüstete sich das Bürgermilitair, um jeder Unbestörung entgegenzutreten. Gegen zwei Uhr rückten etwa 300 bis 400, theils mit Gewehren, theils mit Sensen bewaffnete Bauern, größtentheils in sehr abenteuerlichem Aufzuge, ruhig ein, stellten sich vor dem Rathhause auf, ohne sich zu kümmern, daß sie in Zeit von 10 Minuten durch ein Quarré hiesiger Bürgerwehr, mit Zuziehung einer Schaar Studirender, umzingelt waren. Niemand wußte, was weiter werden sollte, als plötzlich bei dem Erscheinen des Bürgermeisters Winter der Ruf: „Vivat die Republik“, erscholl. Die Anführer der Schaar bestürmten Winter, die Republik zu proklamiren, fanden aber kein Gehör. Es machten einige Miene, in das Rathhaus zu dringen, wurden aber von den Bürgern nicht eingelassen, und nun hieß es „Nieder mit den Waffen!“ Ein panischer Schrecken ergriff plötzlich die Bauern. Ruhig legten die meisten die Gewehre und Sensen nieder, etwa 40 entkamen mit denselben, da an einer Stelle der Andrang zu groß war, so daß eine Lücke in das Quarré gebrochen wurde; mehrere wurden dagegen noch an den Thoren entwaffnet, die meisten blieben ruhig und erklärten, sie seien in ganz friedlicher Absicht

gekommen, was denn auch als wahr anzunehmen war, da die Republikaner, d. h. die Schreier, an einem Plätzchen konzentirt waren, die übrigen hatten sich zum Mitmarschiren verstanden, ohne irgend etwas im Schilde zu führen, ruhig durstern diese ihre Wagen besteigen und fuhren ganz vergnügt wieder davon.

Freiburg, den 22. April. Nach offizieller Anzeige des großherzogl. Bezirksamts Säckingen von gestern ist Struve mit zwei zur Zeit noch unbekanntem Begleitern durch die Gendarmen und das Zollaufsichtspersonale in dem Augenblick verhaftet worden, als sie über die Rheinbrücke bei Säckingen sich in die Schweiz flüchten wollten. — Später eingelangte Privatnachrichten ziehen die Identität der Person des Verhafteten mit jener Struve's in Zweifel.

* Wien, 26. April. Die gestern publicirte Constitution findet bei der großen Masse des Publikums entschiedenen Beifall; die radikale Partei eifert inzwischen gewaltig gegen das Zwei-Kammer-System, bei dem der Einfluß des grundbesitzenden Adels überwiegend sei; sie weist besonders auf Preußen hin, wie ganz anders und besser dort verfahren werde, da werde keine Constitution verlichen, sondern das Land erhalte eine aus den Beratungen mit gewählten Volksvertretern hervorgegangene Verfassung. Dagegen läßt sich freilich wenig sagen. — Heute sind hier 34 Centner Goldbarren aus dem Hauptquartier Kadekly's angekommen; es war dies der Vorrath in der Mailänder Münze, den der Feldmarschall bei seinem Abzuge aus der Stadt mitnahm. — Dem Neapolitanischen Gesandten, so wie dem von Toskana, sind von dem Ministerium des Aeußeren ihre Pässe zugesertigt worden, da ihr längeres Verweilen an dem k. k. Hofe bei der offenbar feindlichen Stellung, welche die von ihnen vertretenen Höfe angenommen hätten, unmöglich sei. — Kadekly's Berichte aus Verona gehen bis zum 21. Das erste und zweite Armeekorps hatten sich daselbst vereinigt und sind in der besten Verfassung, nach allen Seiten zu operiren. Mantua ist auf 4 Monate mit Lebensmitteln versehen. Das „Schwert Italiens“ steht in Volta, sehr unentschlossen, ob er angreifen soll oder nicht. — Aus Oßz ist wiederum eine telegraphische Depesche des Grafen Hartig angelangt. Sie meldet, daß nach erfolgter Ratification der Konvention am 23. Mittags 1 Uhr die k. k. Truppen in Udine eingezogen sind. Sie fanden daselbst Waffen, Munition und 3 Kanonen. In alle Richtungen der Provinz Triaul sind Eilboten gesendet, um die Einstellung der Feindseligkeiten zu bewirken. — Die Nachrichten aus Galizien lauten beruhigender, an vielen Orten haben sich die Bauern mit den Gutsbesitzern ausgeöhnt und Letztere haben Jenen die Robot erlassen. Die Bildung der Nationalgarden schreitet überall vorwärts; der Gutsbesitzer Dzieduszycski hat der Lemberger Nationalgarde 600 Pferde und dessen Bruder derselben 40,000 Gulden zur Bewaffung geschenkt. — Aus Ungarn geht uns die Nachricht zu, daß Kossuth gefährlich am Bluthrechen erkrankt sei; sein Verlust wäre für sein Vaterland unerseßlich.

M u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 24. April. Die provisorische Regierung hat eine telegraphische Depesche erhalten, die ihr die Ankunft eines Dampfers in Marseille mit Nachrichten aus Palermo vom 14. April anzeigt. An diesem Tage hatte das dortige National-Parlament die Entthronung des Königs von Neapel ausgesprochen und die Wahl eines neuen „Königs von Sicilien“ decretirt.

S p a n i e n.

Madrid, den 17. April. Nach Aranjuenz, dem Aufenthaltsorte des Herzogs und der Herzogin von Montpensier, ist Infanterie und Kavallerie als Garnison gelegt worden.

— Es ist noch ein Kavallerieregiment hierher verlegt worden, und andere Truppen werden erwartet. Die Garnison unserer Hauptstadt soll auf 20,000 Mann gebracht werden.

I t a l i e n.

Verona, den 18. April. (N. Z.) Feldzeugmeister Graf Nugent wird mit seinem Korps am 23. oder 24. d. M. in Verona erwartet, von wo sodann die kombinierten Operationen gegen die Lombardei eröffnet werden. So eben läuft die Meldung ein, daß in der Richtung von Peschiera Kanonenschüsse gehört werden, was schließen läßt, daß die Piemontesen, welche schon zwei Tage unthätig zu sein schienen, sich wieder zu rühren anfangen. Vorgestern nahm eine aus Peschiera in der Richtung von Desenzano entsendete Streiwache den Piemontesischen Major, Grafen Trotti, gefangen, welcher ganz naiv aussagt, er habe in dem Moment seiner Gefangennehmung keine feindliche Absicht gehabt, sondern sei auf dem Wege zum Speisen bei seinem Obersten gewesen.

Venua, den 18. April. (Karlsr. Ztg.) Seit einiger Zeit ist hier viel von der Gründung einer Venetianisch-Lombardisch-Ligurischen Republik die Rede, welche unmittelbar nach der Beendigung des Krieges ins Leben gerufen werden soll. Nicht nur hier, sondern auch in Piemont und in der Lombardei wird das Volk zu diesem Zwecke bearbeitet, und es scheint gewiß, daß die Häupter der Partei allenthalben über den Plan bereits im Reinen sind. Es sind gegenwärtig Truppenaushebungen angeordnet; es soll Alles einberufen werden, was waffenfähig ist. Die Eröffnung der Kammern, welche am 27. d. M. stattfinden sollte, ist auf den 8. Mai verschoben worden.

— Venetianer Kriegsbericht vom 16.: Es bestätigt sich, daß zwei Abgesandte von Wien in Verona angekommen sind, und ebendasselbst ein Repräsentant Karl Alberts eingetroffen ist. Das Hauptkorps der Piemontesen steht bei Valleggio. Der Toskanische Gesandte in Turin hat schon

am 30. März die Weisung erhalten, sich zu Karl Albert ins Hauptquartier zu begeben; von Rom aus ist (9.) Corboli Buffi mit einer Mission des Papstes an Karl Albert abgegangen. Wie es heißt, soll er ein Arrangement der Art vorschlagen: in der Lombardei ein konstitutioneller König, aber aus der kaiserlichen Familie, alle Beamte, alle Truppen daselbst Italiener. Die Geldfrage tritt in Rom immer mehr in den Vordergrund. Es fanden ihrewegen Volkszusammenkünfte am 10. und 11. statt. Direkte Berichte aus Rom fehlen uns fortwährend.

Galizien.

Bochnia, den 20. April. Während der Nationalgarde in allen Städten außer Lemberg bis in die letzten Tage verwehrt wurde, sich zu waffnen, werden leider Vorbereitungen zur Organisation des ominösen Landsturmes getroffen. Es liegt ein Schreiben an die „Kameral-Bezirksverwaltungen“ vor, wodurch dieselben aufgefordert werden, gegen „die eingekleideten Polen“ solche Vorkehrungen zu treffen, daß „im dringenden Falle in wenigen Stunden der Landsturm mit Säusen und Dreifüßeln bewaffnet zu Gebote steht, und nach Umständen mit der regulirten Truppe, gemeinschaftlich wirken, oder nach Bedürfnis verwendet werden kann.“ — Daß gegenüber solchen Maßregeln die Besorgniß der Studenten und Edelleute immer mehr wachsen und zur Selbstverteidigung anspornen muß, liegt auf der Hand und es wäre zu wünschen, daß die Regierung den Grund zu solchen Gegenrüstungen mit der Ursache derselben, d. i. mit denjenigen Beamten, welche bei den Nordscenen des Jahres 1846 theilhaftig waren, schleunigst entfernen möchte. (Dest. Ztg.)

Posen, den 30. April. In Nummer 100. dieser Zeitung vom 29. d. M. behauptet Herr Moraczewski, daß der Verfügung des Polnischen National Comités vom 28. März e., welcher, wie sie am 28. d. M. hier mitgetheilt worden, überhaupt anerkannt, an der näher bezeichneten Stelle einen falschen Sinn zu unterziehen, gesucht werde.

Damit indessen Jedermann auch diese Erklärung nach eigener Prüfung zu würdigen im Stande ist, übergeben wir hiermit die fragliche Stelle in der Originalsprache der Oeffentlichkeit, bemerken aber dabei, daß der Deutsche nicht sagt: „hinter den Augen,“ sondern „hinter dem Rücken,“ obwohl der Sinn wohl gleich bedeutend ist. Im Original heißt es nun wörtlich:

Dla tego o ile w obec Niemców zaleca się postępowanie jawne, otwarte, przyjazne, zapewnijace im naszą przychylność i braterstwo, o tych za ich oczami lud zbroić, zapal jego podnosić i w groźnej postawie okazywać należy.

Posen, den 29. April. Die Zeit der Lösung der nationalen Frage, die bisher alle unsere Kräfte absorbirte, soll herangekommen sein: die Kabinetts-Ordre vom 26. d. M., die uns gestern von unseren Deputirten, Rath Neumann und v. Dazur, überbracht worden, soll die Lösung geben. Jedenfalls ist wenigstens in unserer Stadt diese unglückliche Frage in den Hintergrund gedrängt und es wird uns nun möglich werden, uns mit den anderen unser Deutsches Gesamt Vaterland jetzt bewegenden Fragen in einem weiteren Umfange zu beschäftigen, als dies bisher geschehen konnte. Wir haben aber hierin Mancherlei nachzuholen. Besonders wichtig erscheint mir hierbei, daß das Volk in seinen weitesten Kreisen sich beeile, seine Blicke auf Personen zu konzentriren, welche geeignet sein dürften, dem Gesamtwillen den vom Volke geforderten Ausdruck zu geben. Das kurze Bestehen der Oeffentlichkeit unseres Staatslebens hat die Scheu unseres Deutschtums noch nicht so weit fort geräumt, daß Personen, welche sich für die geeigneten halten, selbst hervortreten und unter Verkündigung ihres politischen Glaubensbekenntnisses dem gleichgesinnten Theile des Volks ihre Dienste anbieten möchten, wie solches in anderen Staaten geschieht. Es scheint mir deshalb eine unserer Hauptaufgaben zu sein, solche Personen aufzusuchen und sie dem offenen Auge des Volkes hinzustellen: auch ich habe diese Aufgabe mir gestellt.

Der freudige Empfang, welcher gestern Abend unserem Mitbürger v. Dazur geworden ist, dient als erkennbares Zeichen dafür, welches tiefe Gefühl das Volk für seine wahren Freunde hegt, für diejenigen, welche seinem Wohle mit Thatkraft und rücksichtsloser Hingebung sich widmen. Daß aber ich besonders warmen Antheil an diesem Ausdrucke des allgemeinen Wohlwollens gegen den Führer unserer Sache in Berlin nehmen mußte, erklärt sich nicht nur aus einer langjährigen, auf Gesinnungsübereinstimmung beruhenden Freundschaft, sondern auch daraus, daß ich mir den Vorzug vindiciren kann, die Wahl der Volksversammlung auf meinen Freund geleitet zu haben. — Der Erfolg dieser Wahl hat bewiesen, wie glücklich es ist, in solchen Tagen auf diejenigen Männer zu treffen, welche als Söhne der Zeit, inmitten der Bewegung die Gegenwart im Großen erfaßt haben und die einzelnen Fragen aus dem Geiste der Zeit heraus zu lösen verstehen; es giebt mir dieser Erfolg den Muth, an der Erfüllung der Pflicht eines jeden wahren Volksfreundes, die öffentliche Aufmerksamkeit auf Persönlichkeiten hinzuleiten, welche als Träger bestimmter Ideen einen Mittelpunkt, Anhalt und Ausdruck für Viele zu werden bestimmt sind, mich gerade dadurch zu theilhaben, daß ich es wage, wiederholt das große Publikum auf denselben Mann hinzuweisen, — auf v. Dazur.

Nicht die Liberalen vom 20. März sind m. E. die tauglichen Männer für unsere Zeit, sondern diejenigen, deren eigene politische Entwicklung, auf fester Basis ruhend, mit den Forderungen der Zeit gleichen Schritt gehalten haben, die nicht zurückgeblieben sind, aber trotz ihnen inwohnender Sprungkraft auch nicht überstürzend voranziehen. Unter diese Männer stelle ich meinen Freund: jeder

Dritte vindicire sich selbst das Richteramt, ich aber kann nicht umhin Jedem Anhalt für sein Urtheil zu bieten, indem ich einen Brief veröffentliche, den v. Dazur wenige Tage vor dem Erlasse der Kabinetts-Ordre vom 26. d. M. mir schrieb und der Aufschluß über seinen gegenwärtigen politischen Standpunkt giebt. Indem ich dadurch eine Pflicht gegen die Allgemeinheit zu erfüllen glaube, darf ich hoffen, daß dem Verfasser gegenüber dieser Zweck zur Entschuldigug dienen wird, wenn ich hierin ohne seine vorherige Einwilligung handle.

Das Schreiben lautet in seinem letzten Theile, wie folgt:

„Wird uns aber erst die Vereinigung mit Deutschland gelungen sein, dann ist es höchste Zeit, mit Ernst und Eifer an diejenigen Fragen zu gehen, welche bisher durch das hervorragende nationale Interesse zurückgedrängt, doch unsere volle Aufmerksamkeit verdienen. Ich meine die Fragen hinsichtlich der Neugestaltung Preussens und Deutschlands. Du kennst meine politischen Ansichten seit vielen Jahren; es giebt auch in Posen viele andere Personen, welche sie kennen. Ich habe diese Ansichten oft in Schrift und Wort ausgesprochen, zu einer Zeit und in Kreisen, wo noch Gefahr damit verbunden war. Man hat mich oft als einen Revolutionär vertegert, ich habe frühzeitig meiner Ueberzeugung Opfer bringen müssen, im Privat- wie im öffentlichen Leben. Werde ich doch in diesem Augenblicke in gewissen politischen Kreisen Berlins, wo man sich mit übertriebenem, anti-deutschen Polenfanatismus trägt, als ein Russenfreund bezeichnet, weil ich die Rechte der Deutschen im Großherzogthum vertheidige! Das rührt mich aber nicht, mein Gewissen allein ist mir ein zwar strenger, aber gerechter Richter.

Jetzt freilich ist es keine Kunst liberal zu sein, jetzt ist ja sogar die Regierung liberal, folglich alle loyalen Staatsdiener und Unterthanen.

Sieh doch die meisten unserer heutigen Liberalen an! Auf welcher Seite standen sie, wie sprachen sie vor dem 18. März?

Aber auch bei mir hat der 18. März, oder richtiger gesagt, die folgenden Tage und Wochen Großes gewirkt. Ich habe gesehen, daß meine Ideen nicht blos natürlich und vernünftig wahr, sondern daß sie auch ausführbar, schon jetzt ausführbar sind. Ich habe erkannt, daß das Volk mündig und reif ist für jede Freiheit, die wir für dasselbe gefordert und erlangt haben. Jede Besorgniß ist geschwunden, ich stehe fester als je. Das Beamtenthum, das Bevormundungssystem hat sein zweites Jena gefunden. Beim ersten Windstoß der neuen Zeit, beim ersten Worte, das die Völker sprachen, ist der alte morsche Bau des Polizei-Staats zusammengefallen.

Wo sind nun die durch das Feuer so vieler Examina geläuterten, aber auch ausgehörten Altenleute geblieben? Wo war ihre Macht, ihre Weisheit? Sie schlugen vergebens die Gesetzsammlung nach, kein Paragraph gegen die Gewalt der Zeit! —

Wo lag die Kraft der künstlichen Maschine? im Titelkram — in der Einbildung. Alle diese Examen und Akten-Menschen waren nichts, dem gewaltigen Schritte der Zeit, dem gewaltigen Willen des Volkes gegenüber. Heute helfen die Restripte nicht mehr; heute helfen nur Ideen, Charakter, Muth! Und diese drei finden wir nicht in bestimmten abgeschlossenen Kreisen, nein, in der Gesamtheit der Nation; — dort ist die ewig frische Quelle der Ideen, dort muß Jeder schöpfen, dort was Noth thut zu erkennen, die Sprache des Volkes zu verstehen wissen. Das Volk muß durch das Volk geleitet werden. Wie gesund der Sinn des Volkes ist, das zeigt sich schlagend in der Haltung, welche es mit wenig Ausnahmen den republikanischen und kommunistischen Wühlereien gegenüber bewahrt.

Die Republik in Preußen ist jetzt unmöglich; es wäre die Anarchie, der Bürgerkrieg! — So wenig die organische Natur in Sprüngen sich bewegt, sondern nur die allmählichen Uebergänge sucht, so wenig kann das staatliche Leben der Völker naturgemäß sprungweise fortschreiten. Aus dem Absolutismus in die Republik? — unmöglich! — Das führt das Volk heraus, ohne spekulative Combinationen. Es fühlt, daß das neuerwachte politische Leben eines Mittelpunktes bedarf, um den es seine Kreise schlingen kann, eines Mittelpunktes aber, der durch das Volk anerkannt, aus ihm allein seine Kraft schöpft.

Sobald wir ehrlich und offen die konstitutionelle Monarchie wollen, ist auch in ihr der Raum für die Lösung der schwierigsten Zeitfrage gegeben, des sozialen Problems, des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Hat jeder Arbeiter und Tagelöhner die Volkvertreter mitzuwählen, dann werden wir Männer versammelt sehen, welche nicht eigenes Interesse, nicht bevorzugte Klassen vertreten, sondern die festen Blicke das allgemeine Wohl im Auge halten, und während sie die Existenz jener Millionen Arbeiter zu sichern suchen, welche bisher nur von der Konjunktur des Tages abhingen, finden sie die Grundbedingung für die Sicherheit Aller, des Staats im Innern, für seine Kraft nach Außen.

Werden unsere Volkvertreter sich dieser Gesichtspunkte bewußt sein und bleiben, werden sie Einsicht und Charakter mit dem Muth verbinden, jeder Reaktion und jedem Ueberstürzen kühn die Stirn zu bieten, dann hoffe ich das Beste.

Die fortschreitende Bildung aller Klassen, bedingt durch verbesserten Unterricht, durch freie Presse und freies Versammlungsrecht; Gleichheit vor dem Gesetze; freie Religionsübung für jeden Glauben; Sicherheit gegen Polizei-Willkühr; Unabhängigkeit der Richter; Geschwornengerichte, eine gerechte Steuer-Ordnung, Verminderung der Armee und ihrer 26 Millionen, Verminderung des Beamtenheeres, eine volksthümliche Regierung, — das sind die Grundpfeiler, auf denen ich den künftigen Preussischen Staat aufgeführt zu sehen wünsche.

Gelingt dies, dann werden auch die wenigen Polen, welche jetzt an Deutschland fallen, niemals, so hoffe ich, sich hinaussehen aus unseren Grenzen.

Anlangend die künftige Verfassung Deutschlands, so glaube ich, daß in der herzustellenden Einheit alle nationalen Besonderheiten und Eigenthümlichkeiten Schonung, ja Anerkennung finden müssen. In der Vielseitigkeit und Mannichfaltigkeit werden wir Schutz gegen eine Centralisation finden, wie sie in Frankreich seit dem vorigen Jahrhundert herrscht, und die ganze Nation von den Bewegungen einer Stadt abhängig macht.

Aber die Einheit Deutschlands darf kein leeres Wort sein, wie bisher. Ich fordere zunächst ein Bundes-Oberhaupt mit einem verantwortlichen Bundes-Ministerium, darin ein Deutsches Handels-Ministerium, ferner ein Deutsches Parlament auf gleichen Basen ruhend, wie das Preussische, ein Bundesheer mit einem Befehlshaber, eine Deutsche Flotte, eine gemeinsame Deutsche (Mit drei Beilagen.)

Politik nach Außen, gleiches Maas, Zoll und Gewicht, gleiche Münze, gemeinsames Deutsches Postwesen, allgemeinen Zollverband, ein Deutsches Recht.

Während ich dies schreibe, ist es mir wie ein Traum, die langgehegten Wünsche so nahe der Verwirklichung zu sehen. Vier Wochen Zeit haben hingereicht, um das künstlichste Gebäude der Fürsten-Politik über den Haufen zu werfen, und dem Volk allein die Gewalt zu übertragen. Und mit welcher Mühseligkeit, mit welcher Festigkeit und Weisheit braucht es diese Gewalt! Unvergleichlich steht Deutschland in diesem Augenblicke da, wo keine Autorität in Geltung ist, als das Bewußtsein des Volks!

Zum Schluß noch ein Wort über Posen.

Es macht mich glücklich, unsere Sache einem, wie ich glaube, guten Ende nahe zu sehen; doppelt glücklich, weil ich mir sagen kann, daß ich Euer Vertrauen nicht getäuscht, daß ich nach meiner schwachen Kraft thätig war, und mir vielleicht einen, wenn auch kleinen Theil des Erfolgs zuschreiben darf. Sollten auch im nächsten Augenblicke nicht alle Wünsche erfüllt werden, so kann dies kein Grund zur Unzufriedenheit, nur ein Sporn zu fortgesetzter Thätigkeit sein. Das Deutsche Wesen ist meiner Meinung nach das mächtigste in Europa, — ihm allein gehört die Zukunft. Deutschland für immer!

Dein treuer Dazur.

Es wird, so hoffe ich, diese Mittheilung in ihren Motiven nicht verkannt und von dem die Aufgaben der Zeit richtig schätzenden Theile meiner Mitbürger gewürdigt, demnächst aber mein Vorschlag beachtet werden, unseren v. Dazur zum Vertreter der Stadt Posen bei dem Parlamente in Frankfurt a. M. zu wählen.

E. Brachvogel.

Die Osezezeitung schreibt selbst über ihren Korrespondenten in Posen, Herrn S., Folgendes: „Unser Posener Correspondent will Posen durchaus Polnisch wissen; wir stimmen mit unseren Landsleuten überein, wenn sie es Deutsch erhalten wollen. Nicht die Polen bedürfen der Festung (und sollte dies der Fall sein, so mögen sie eine solche bauen, wie wir es auch gethan haben); wir aber bedürfen ihrer, um unverschämte Forderungen auf Preussische Provinzen seitens der Polen, wie sie gewiß nicht ausbleiben werden, mit Nachdruck zurückweisen zu können. Wenn nun unser Correspondent vollends unsere Domänen im Herzogthume „einen Raub“ nennt, und meint, wir werden den Polen über die Verwaltung derselben Rechenschaft ablegen müssen, so scheint gerade der Umstand daß er sich inmitten der Verhältnisse befindet, seinen Blick in etwas umschleiert zu haben. Mit der Vergangenheit muß hier, wie überall, vollkommen gebrochen werden. Von Rechnungslegen kann auf beiden Seiten keine Rede sein, es kann nur ein freier Umtausch auf der Basis der zuletzt bestandenen Verhältnisse sein.“

(Eingefandt.)

Zur Ergänzung der in der heutigen Zeitung des Großherzogthums Posen No. 100 enthaltenen Erklärung des H. Moraczewski bringt das unterzeichnete Polnische National-Comité zur öffentlichen Kenntniß, daß die Instruktion, welche in der gestrigen No. dieser Zeitung, unterzeichnet Moraczewski und Derwinski, steht, von uns nicht ausgegangen, noch auch unsererseits zu einer solchen ein Auftrag ertheilt worden ist.

Wir erwarten von der Wahrheitsliebe aller derjenigen geehrten Zeitungs-Redaktionen, welche dieses vermeintliche Aktensück des Polnischen National-Comité's aus der hiesigen Zeitung entlehnt haben, daß sie auch dieser unserer Erklärung in ihren Spalten eine Stelle gewähren werden.

Posen, den 29. April 1848.

Das Polnische National-Comité.

Potworowski. — Szuman. — Jarochowski. — Michzynski. — Janiszewski. X. Prusinowski. — Palacz Jan.

Abgedruckene Erklärung.

Unmittelbar vor dem Schluß der mit No. 96 der Posener Deutschen Zeitung ausgegebenen Antwort des Deutschen National-Comité's auf die Denkschrift des Polnischen National-Comité's an den General von Willisen, wird mir die Abfassung eines Manifestes beigelegt, von dessen Existenz und Inhalt ich hierdurch die erste Kenntniß erhielt.

Das Deutsche National-Comité, welches seine Behauptung mit zweifelhafter Bestimmtheit ausspricht, aber nicht den Muth gehabt hat, sie durch die Namensunterschrift seiner Mitglieder zu vertreten, wird es in der Ordnung finden, daß ich von ihm binnen 24 Stunden entweder die Mittheilung des Manifestes zugleich mit dem Beweise meiner Autorschaft, oder den unbedingtsten Widerruf der boshaften Verleumdung fordere, wenn das Comité nicht will, daß ich die infernale, der Talleyrand-Metternichschen Schule würdige Intrigue, welche ich mit vollständiger Klarheit durchschaue, an das Tageslicht bringe. Die mich durch eine Beschuldigung, in welcher jeder Gedanke eine freche Lüge ist, außer Stand setzen wollen, in dem protestantischen Deutschland zum Besten meines Volkes und Vaterlandes zu wirken, mögen bedenken, daß sie damit einen Maßstab für die Wahrhaftigkeit aller ihrer Berichte und Angaben liefern und ein sehr zweifelhaftes Licht auf die Reinheit einer Sache werfen, zu deren Schutze sie sich in den Dienst der Mächte der Finsterniß begeben; sie mögen sich wohl vorsehen, es auf diesem Wege nicht dahin zu bringen, daß die ehrenhaften Deutschen ihres Heimathlandes, wie in unserer Mitte, sich solcher ausgearteten Brüder schämen.

Orzeszko bei Górzyn, den 27. April 1848.

J. W. Cassius, reform. Unitätsprediger.

Erwiderung auf den Aufruf zur Bildung eines Vereins zur Unterstützung und Wahrung soldatischer Rechte.
So eben ergeht hier ein Aufruf an die Armee, der dazu auffordert, die Rechte der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des Preussischen Heeres, wel-

che, wie man sich ausdrückt, gefährdet seien, zu wahren. Da dieser Aufruf durch die ganze Armee zirkuliren soll, um zu obigem Zweck einen Verein zu bilden, und zum Beitritt öffentlich auffordert, so gehört er auch vor das Forum der Öffentlichkeit. Dem Aufruf liegt ein Programm bei, welches den Zweck des zu bildenden Vereins darlegt und den vorläufigen Entwurf der Statuten enthält. Ich theile dasselbe im Auszuge mit. Es begann mit der Phrase: Mittheilen im Gedränge der Gewinnenden steht unberücksichtigt, und selbst bedroht in ihren heiligsten und gerechtesten Interessen, Preussens Armee. Kein ermutigender Ruf für sie ist bis jetzt aus ihrer Mitte ertönt, ringsum tritt Mißgunst und Haß und Neid ihr entgegen, offen und verdeckt wird die öffentliche Meinung gegen sie aufgeregert und gefälscht. Das kann nicht so bleiben, Kameraden. —

Ferner folgen die Statuten. A) Wahrung und Erweiterung der wohlverworbenen Versorgungs-Ansprüche der Unteroffiziere und Soldaten. B) Sorge für das Wohl der zurückgebliebenen Familien der Landwehr- und Linien-Soldaten. C) Aufrechterhaltung des durch Friedrich Wilhelm III. verliehenen Militair-Pensions-Reglements für die Landwehr und Linie. D) Herbeiführung einer den Verhältnissen entsprechenden, und durch Gerechtigkeit gegründeten Vertretung der Gesamtheit des Heeres und der Verfassung. — Der Aufruf war datirt Glogau, den 20. April 1848. —

(gez.) v. Herrmann. Grause. v. Frankenberg. v. Frederici. Selmar. v. Ackermann. v. Köckerig. v. Podbielski. v. Prittzig. v. Schwerin.

Dem Programm nach ist der Zweck der Unterzeichneten eine allgemeine Theiligung der Mitglieder der Armee an dem proponirten Vereine zu bewirken. Es muß daher auch der Inhalt der Statuten, in denen man doch vorläufig seine Absichten an den Tag legt, so beschaffen seyn, daß er dem Unternehmen entspricht, und zwar so entspricht, daß derselbe nicht dem allgemeinen politischen Fortschritt entgegen tritt, sondern beschränkt in die allgemeinen Interessen eingreift. Ob dies nun wirklich die Absicht der Aufrufenden ist, ob nicht andere Interessen unterliegen, soll die Beleuchtung darlegen. — Man stellt auf, daß die Rechte der Armee bedroht seyen. Es scheint mir unrichtig, daß unsere Rechte gefährdet seyen, denn schon vor dem Zusammentreten des allgemeinen Landtags sind unsere Rechte zum Theil festgestellt. Oder ist die Abgebung unserer Stimmen in den Urwahlen kein Recht! werden wir von dem Vortheil der freien Presse ausgeschlossen! sind öffentliche Versammlungen für uns nicht auch erlaubt! können wir nicht petitioniren! — Gegenwärtig erscheint mir dies als erlangtes, nicht als verletztes Recht, nicht als ein verletztes heiliges Interesse, wie man sich ausgedrückt hat; man müste denn in dem Wahn sein, daß Privilegien Rechte sind, daß die voraussetzliche Abolition des Kasten-Geistes eine Vereinträchtigung unserer heiligsten Interessen sei. Tritt Haß, Mißgunst und Neid, wie man ferner fortfährt, uns entgegen, so gilt das wohl nur denen, welche noch nicht geneigt, den alten Jopf ablegen zu wollen. Daß diese allerdings für die alte Armee noch keinen ermutigenden Ruf ertönen haben lassen, beruht freilich komischer Weise darauf, daß bei diesen das geliebte Emblem eng mit dem Sig des Gehirns verbunden ist, und man dasselbe nur auf Befehl zu Grabe zu tragen gedenkt. Wohl denen, die dann noch mit alter Würde sein Grabbleid singen können! Der Paragraph E. enthält den Wunsch, daß der alte Pensionsfond, welcher von Friedrich Wilhelm III. verliehen worden ist, aufrecht erhalten würde. Mit andern heißt das, für Generäle Pensionen von 6000—4000 Thlr. beizubehalten; unermessliche Summen solchen Personen zu erhalten, die mit Erfolg Paraden kommandirt haben, und den unteren Chargen, wie z. B. Invaliden, Lieutenants, Pensionen zukommen zu lassen, wonach dieselben, wenn sie 15 Jahre gedient haben, auf den Tag 10 Egr. erhalten, damit sie ein sorgenfreies Alter haben und sich von 10 Egr. pflegen und nähren. Indirect schließt dieser Paragraph auch noch in sich, eine Menge überflüssiger Chargen beizubehalten, da bekanntlich der Pensions-Fond nach den Chargen getheilt ist. Es wäre nur noch der Paragraph D. zu betrachten, welcher eine, den Verhältnissen entsprechende und durch Gerechtigkeit gegründete Vertretung der Gesamtheit des Heeres verlangt. — Eine den Verhältnissen entsprechende Vertretung ist, so viel mir bekannt, bereits in dem neuen Wahlgesez enthalten. Eine durch die Gerechtigkeit und Verhältnisse der Gesamtheit des Heeres entsprechende Vertretung liegt bereits auch in demselben, weil im Allgemeinen jeder, der nicht auf Kosten einer Kommune erhalten wird, wählen und gewählt werden kann, und die Glieder der Armee so gut wie jeder im Volke dieselben Rechte haben. Es scheint, als wenn die Unterzeichneten des Aufrufs nicht derselben Ansicht sind, und das vergessen, was um sie vorgeht. Man ist daher fast gezwungen zu glauben, daß sie die Glieder der Armee zu denen rechnen, welche den Kommunen zur Last fallen und nichts nützen, oder daß dieselben vermuthen, nicht zum Volke zu gehören. In beiden Fällen halte ich die persönliche Ansicht für unwiderlegbar, und füge nur noch hinzu, daß, wenn man in diesen Paragraphen ansprechen wollte, daß in der Armee Viele gegenwärtig ihrer Stimmen verlustig gehen, weil sie durch äußere Verhältnisse gezwungen, nicht sechs Monate in einem Orte sich haben anhalten können, dies ein unvermeidliches Uebel ist, weil die Zeit bis zum 1. Mai zu kurz ist, um eine Abänderung zu bewirken. Soll in diesem wichtigen Paragraph davon die Rede sein, daß man für kommende Fälle dem Uebel vorbeuge, so wäre es für die, welche zur Theilnahme aufgefordert sind, jedenfalls angenehmer gewesen, wenn man sich einer klareren Schreibart befleißigt hätte.

Ueber die Paragraphen A. und B. wird man wohl allgemein einig sein und die zweckmäßigen Vorschläge in demselben anerkennen. Sie sind deshalb auch sehr vortheilhaft in den Vordergrund gehoben, und lassen die folgenden Paragraphen nur wie ein verschobenes Gericht unter mehreren guten Schüsseln erscheinen. Daß man aus Zufall das vergessen hat aufzunehmen, was wirklich für uns und das Allgemeine eine Verbesserung wäre, als:

- Abshaffung des alten Conduiten-Wesens,
 - = " " Formwesens,
 - = " " unnützen Exercierens,
 - = der Kriegsartikel für den Frieden,
 - = des Avancements nach dem Alter ohne Examen,
 - = der langen Dienstzeit für die Gemeinen,
 - = der niedern Pensionen für die untern Chargen der Armee,
- Deffentlichkeit des Gerichtsverfahrens,

Erhöhung der Brodportionen für die Gemeinen,
 Verbesserung des Essens der Menage,
 Verbesserung der Gehalte für die jungen Unteroffiziere,
 Verbesserung der Gehalte der älteren Lieutenants,
 Aufhebung unnützer Abzüge,
 Einsetzung eines geregelten Beschwörungsganges für alle Grade,

ist allerdings zu bedauern. Es ist mir daher unmöglich, einem Vereine, der, wo möglich, die ganze Armee zu Mitgliedern zählen soll, dessen Statuten aber ungewiß, dunkel und reactionair lauten, beizutreten, und ich muß alle die, welche die Armee nicht in eine schiefe Stellung zum Volke bringen wollen, vom Eintritt in denselben abmahnen. Posen, den 28. April 1848.
 Hagedorn, Lieutenant im 7ten Inf.-Regt.

Tief betrübt und um stille Theilnahme bittend, zeigen wir Verwandten und Freunden ergebenst an, daß uns heut früh 5½ Uhr unser heißgeliebtes Töchterchen, Cäcilie, in dem Alter von 2½ Jahren durch den unerbittlichen Tod entrißen wurde.

Posen, den 30. April 1848.

Louis Falk und Frau.

Der Jubelschrei:

„Die Press“ ist frei!“

hat auch unserm Meyer wieder die Feder in die Hand gegeben. Eben erhalten wir ein neues Heft seines **Universums**

(vom zwölften Jahrgang das zweite). Dieses Heft ist das erste pressfreie. Man kann sich denken, wie es geschrieben ist. War Meyer's Wort in der dunkelsten Censurnacht ein helles Kerzenlicht: — jetzt leuchtet's wie eine Flammensäule. Der erste Artikel in diesem Heft ist Meyers Votum über den Völkerfrühling. Jede Zeile athmet Begeisterung; jeder Satz ist der Ausdruck einer Weltanschauung, deren Wahrheitskraft zur Ueberzeugung fortreißt. —

Ich werde auf den neuen Jahrgang von Meyer's **Universum** gern jede weitere Bestellung besorgen. Das Heft dieses allbeliebten Werks kostet, obgleich jedes Heft vier Stahlstiche zum kostbaren Schmuck hat, doch nur sieben Silbergrößen oder 24 Kreuzer Rhein. — Es wird künftig alle 3 Wochen ein Heft erscheinen. Ich werde dafür sorgen, daß die neuen Besteller von dem 12. Jahrgang die große Prämie, von 4 Thaler Verkaufswert,

West's Seeschlacht,

ebenfalls gratis erhalten. Zum Zimmerschmucke gibt es nichts Schöneres, als dieses magnifike Kunstwerk. Man bestelle: Meyer's **Universum**, XII. Jahrgang, um jede mögliche Bewechnung zu vermeiden.

Das Werk ist auch in Französischer, Holländischer, Dänischer, Schwedischer, Italienischer, Englischer und Polnischer Uebersetzung zu haben und durch mich zu beziehen.

J. J. Seine, Markt No. 85.

Proclama.

In dem Hypothekenbuche des im Inowraclawer Kreise belegenen, freien Allodial-Rittergutes Kozuszkowa wola No. 125. stehen:

Rubrica III. No. 1. aus dem von dem früheren Mitbesitzer Wilhelm Joseph v. Gost coram Notario et testibus ausgesetzten Schuld-Instrumente vom 9ten Juli 1819 für die Christina geborne v. Chohnacka primo voto v. Mchowska und deren Ehegatten, Präsektur-Rath Stephan v. Sokolowski 9000 Rthlr. oder 54,000 Fl. polnisch à 5 pro Cent Zinsen vigore decreti vom 7ten März 1820 eingetragen, wovon 2483 Rthlr. 10 Sgr. gelöst, 5166 Rthlr. 20 Sgr. nebst Zinsen abgezweigt und die sonach von dem ganzen Kapitale der 9000 Rthlr. noch verbliebenen 1350 Rthlr., zufolge der von der verwittweten Präsekturräthin v. Sokolowska vor dem Regenten des Breslauer Kreises, Faustin Lesnievski ausgesetzten Cession d. d. Wloclawek den 16/28. Mai 1836 für den Salz-Magazin-Controlleur Andreas Chohnacki zu Wloclawek ex decreto vom 28ten December 1838 subingrossirt worden sind.

Das über die vorkleibend subingrossirten 1350 Rthlr. ausgefertigte Hypotheken-Dokument bestand:

a) aus dem notariellen Schuld-Instrumente des Wilhelm Joseph von Gost vom 9ten Juli 1819 über 9000 Rthlr.,

b) aus dem Hypotheken-Recognitions-Schein vom 23ten März 1820 über die Post Rubr. III. No. 1. von 9000 Rthlr. nebst Zinsen und Kosten,

c) aus dem zwischen der verwittweten Präsektur-

Räthin v. Sokolowska und den von Gostschen Eheleuten geschlossenen Vergleich vom 5ten Mai 1835,

d) aus der Cession vom 16/28ten Mai 1836 und e) aus dem Hypothekenscheine vom 7ten März 1839,

wovon die drei letzten Dokumente zwar noch vorhanden sind, die beiden erstern ad a) und b) aber mit den darauf befindlichen Ingrossations-Noten verloren gegangen sehn sollen.

Da der jetzige Besitzer von Kozuszkowa wola die erfolgte Tilgung der subingrossirten 1350 Rthlr. durch Quittung nachgewiesen hat, so werden auf den Antrag desselben alle diejenigen, welche an die vorkleibend ad a) und b) bezeichneten und verloren gegangenen Dokumente als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Brief-Inhaber oder aus irgend einem anderen Grunde Ansprüche zu machen haben, hierdurch aufgefordert, solche in dem auf den 17ten Juli 1848 Vormittags

um 11 Uhr

vor dem Deputirten Herrn Ober-Landesgerichtsrath Böttcher in unserm Instruktions-Zimmer anbezeichneten Termine anzumelden, widrigenfalls dieselben mit ihren Ansprüchen an die bezeichneten verloren gegangenen Dokumente werden präkludirt werden, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt und mit Amortisation der Dokumente verfahren werden wird.

Bromberg, den 17. Februar 1848.

Königliches Ober-Landesgericht.
 II. Senat.

Bekanntmachung.

Das Gut Trzebowo im Kreise Krotoschin soll von Johanni 1848 auf drei aufeinander folgende Jahre, bis Johanni 1851, im Termine den 30sten Mai c. Nachmittags 4 Uhr im Landschaftshaufe an den Meistbietenden verpachtet werden. Jeder Licitant ist verpflichtet, zur Sicherung des Gebots eine Kaution von 500 Rthlr. baar oder in Posen'schen Pfandbriefen vor dem Bieten zu erlegen, und erforderlichen Falls nachzuweisen, daß er den Pachtbedingungen überall nachzukommen im Stande ist. Die Pachtbedingungen können in unserer Registratur eingesehen werden.

Posen, den 14. März 1848.

Provinzial-Landschafts-Direktion.

Ediktalvorladung.

Der am 26ten Februar 1790 zu Lossen geborne Gottfried Ueberschär, Sohn des dasigen Bauers Gottfried Ueberschär, der sich zu Ostern 1837 von seinem Wohnorte Lossen angeblich nach Posen entfernt hat, so wie seine etwaigen unbekannteten Erben oder Erbnehmer werden hiermit vorgeladen, sich entweder

am 9ten November 1848

bis spätestens 5 Uhr Nachmittags in dem Gerichts-Zimmer zu Lossen, Kreis Brieg in Schlessen, oder vorher schriftlich oder mündlich in der Gerichts-Kanzlei zu Löwen zu melden und weitere Anweisung zu gewärtigen.

Sollte sich bis zum 9ten November 1848 Niemand gemeldet haben, so wird der Gottfried Ueberschär für todt erklärt, die mit vorgeladenen unbekannteten Erben aber mit ihren Ansprüchen an dessen Nachlaß präkludirt und das zurückgelassene Vermögen des Prolocaten den bekannteten Erben, welche sich als solche legitimiren, ausgeantwortet werden.

Löwen, den 29. November 1847.

Gerichts-Amt der Herrschaft Losse.

Den 4. Mai nimmt der Unterricht in meiner Anstalt wieder seinen Anfang.

Agnes Hebenfreit.

Ein Konditorgehülfe sucht Kondition. Die Expedition sagt wer?

Ein junger Mann, 20 Jahr alt, wünscht baldigst einen Dienst als Kellner. Derselbe spricht außer Deutsch auch Polnisch, Französisch und etwas Englisch. Jeder andere Dienst wäre ihm ebenfalls willkommen. Adressen in der Expedition d. Zeitg., bez. O. B., werden erbeten.

Bleichwaaren-Beforgung.

Nachstehend genannte Herren übernehmen auch in diesem Jahre alle Arten von Hausbleichwaaren, als: Leinwand, Tisch- und Handtücherzeug, Garn- und Zwirn zur Beforgung an den Unterzeichneten und liefern solche gegen Bezahlung

meiner eigenen Rechnung

wiederrum zurück. Garn und Zwirn muß nach der Schlessischen Weise geweißt seyn. Focken- oder Puzzel-Garn ist von der Annahme ganz ausgeschlossen.

Schöne, unschädliche Nasenbleiche und die billigsten Preise versichert ganz ergebenst die Bleich-Anstalt von F. W. Beer.

Hirschberg in Schlessen, 1848.

Bleichwaaren übernehmen:

In Posen:

Herr Kaufmann A. Schmidt,

in Fraustadt: Herr Kaufm. B. G. Schneider, in Rawicz: Herr Kaufmann A. G. Riebig, in Kempen: Herr Kaufmann A. M. Calé, in Schmiegel: Herr Kaufmann Ferd. Geisler, in Lissa: Herr Kaufmann S. G. Schubert, in Zduny: Herr Kaufmann C. W. Bergmann.

A u s r u f!

Unsere Landwehrfrauen und Familien befinden sich durch das Ausrücken ihrer Ernährer in der dringendsten Noth. Ich habe daher in meinem Geschäftslocale eine Liste ausgelegt und bitte meine geehrten Mitbürger, welchen ein warmes Herz schlägt, um gültige Beiträge.

Posen, den 1. Mai 1848.

Jacob Träger, Markt No. 57.

Börse von Berlin.

Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 27. April 1848.	Zins-Preus.Cour		
	Fuss.	Brief.	Geld
Staats-Schuldscheine	3½	72½	71½
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	79	—
Kur.- u. Neum. Schuldversch.	3½	69½	—
Berliner Stadt-Obligationen . .	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe . .	3½	—	—
Ostpreussische dito	3½	—	82
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	—
dito dito	3½	—	—
Pommersche dito	3½	87½	87
Kur.- u. Neumärkische dito . . .	3½	—	87½
Schlesische dito	3½	—	—
dto. vom Staat gar. Litt. B.	3½	—	—
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	65½	64½
Friedrichsd'or	—	132	131
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. . .	—	13½	12½
Disconto	—	4½	5½
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B	—	—	—
dto. Prior. Oblig.	4½	—	—
Berlin-Hamburger	4	—	—
do. Priorität	4½	—	—
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	—	—
dto. Prior. Oblig.	5	—	—
dto. do. do.	5	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B.	—	—	—
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	—
dito. Prior. Oblig.	4	—	—
Köln Mind. v. e.	3½	63½	62½
dto. do. Prior. Oblig.	4½	—	—
Düss. Elb. Eisenbahn	—	—	—
Magdeb.-Halberstädter Eisenb.	4	95½	—
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto. do. Prior. Oblig.	4	—	—
Niedersch.-Märk.	3½	60	59
do. Priorität	5	—	—
do. Priorität	5	—	—
do. III. Serie	5	80½	—
Ob.-Schles. Eisenbahn Lt. B.	4	—	—
do. do. Prior.-Obl.	—	—	—
do. do. Lt. B.	4	—	—
Nieder-Schles. Zw.-B. Priorit.	5	—	—
Prinz Wilh. (Steele-Voh.)	5	—	—
dto. Priorität	—	—	—
Rhein. Eisenbahn	4	—	—
do. Stamm-Prior. (volleingez.)	4	—	—
do. do. Prior. Oblig.	4	—	—
Thüringer	4½	48½	47½
do. do. Priorität	—	—	—
Wilh.-B. (C.-O.)	5½	—	—

Posen, den 29. April 1848, 4½ Stadt-Obligationen ohne Cours,

Neueste Nachrichten.

Posen, den 30. April Abends 9 Uhr. Vor anderthalb Stunden wurde General-Marsch geschlagen. Veranlassung dazu soll, wie man erzählt, eine den Militärbehörden zugegangene Meldung gewesen sein, daß in einem am Markte gelegenen Lokale eine Versammlung bewaffneter Polen stattfände, eine Meldung, die grundlos gewesen zu sein scheint. Bis jetzt sind uns keine Nachrichten über vorgefallene Excesse zugegangen, die Ruhe ist überhaupt nicht gestört worden.

Posen, den 29. April. Gestern um die Mittagszeit wurden auf dem Gute Ruchocice, halbweges zwischen den Städten Grätz und Ratwiz, im Buzer Kreise, die Wohn- und Wirthschaftsgebäude von bewaffneten Schaaren angegriffen, das Eigenthum des Gutspächters v. Lindenau zerstört. Von Buz aus kam Militär herbei, es kam zum Kampfe, die Insurgenten kahlten sieben Todte. Die Preuß. Truppen unter dem Befehle des Obersten Heister zogen nach Grätz, das seit zwei Wochen von zahlreichen Aufwiegeln aus dem niederen Stande besetzt gehalten worden war. Ein in die Stadt geschicktes Husarenpiquet, mit Feuer aus den Fenstern empfangen, mußte umkehren. Darauf wurde ein Husarenofficier, Lieutenant v. Garnier, mit einem Trompeter zum Parlamentiren abgeschickt. Der polnische Anführer gab ihm die bestimmte Erklärung, daß man unter keinen Umständen Militär in die Stadt lassen werde. Als v. Garnier darauf umwandte, bekam er Feuer. Nachdem so jede friedliche Aufforderung abgewiesen worden, ließ der Artillerie-Hauptmann Dornstein auf Befehl die Geschütze, die auf dem Windmühlenberge aufgefahren waren, gegen die Barrikade abfeuern. Die Stadt wurde um 7 1/2 Uhr Abends von den Truppen genommen; die Zahl der Gefallenen auf polnischer Seite betrug nicht unter 20. Im ganzen sind 50 Kanonenschüsse gefallen. Mehrere Gebäude waren in Flammen aufgegangen. Von den Mitgliedern des polnischen Comité's sollen der frühere Bürgermeister Jahnke und der jüdische Arzt Dr. Woffe gefangen hierher eingeliefert worden sein. Ein anderes Mitglied, der Referendar Janacki, ist am selben Abend mit der Post hierher gekommen. Nähere Nachrichten sehen zu erwarten.

Posen, den 30. April. Wir geben unsern Lesern über die Ereignisse in Xions vom 29. April diejenigen Nachrichten, welche wir bis jetzt als verbürgt erachten. Die Insurgenten in Xions hatten sich dreier Bürger als Geiseln bemächtigt, Oberst v. Brandt forderte die Freilassung derselben. Statt dieser erhielt er von dem Führer der Polen, Leo Dombrowski, (Major aus dem Kriege von 1830, nachher französischem Emigranten) eine zweifellose Kriegserklärung. In Folge dessen griffen die Truppen von der Schrimmer Seite her an, es entspann sich ein Gefecht, welches nach 2 1/2 Stunde mit einem vollständigen Siege der Preußen endete, obgleich die Insurgenten einen heldenmüthigen verzweifelten Widerstand leisteten. Hervorzuheben ist ein Angriff der Husaren auf die polnische Reiterei; die höchste Wuth des Kampfes entwickelte sich in Folge des Heranziehens einer Husscolonne, der sogenannten Kujawiaken, welche gegen die preussische Reiterei Carré formirte, die sich lieber vernichteten, als sprengen ließen. Der Kampf zog sich auf diese Weise durch die verbarrikadirten Straßen der Stadt hindurch auf das freie Feld vor derselben. Es konnte nicht fehlen, daß bei dem Schießen aus den Schenken die Stadt in Feuer ausging, wozu abschließliche Brandstiftung das Ihrige beitrug. Gefallen sind preussischer Seits 40 Gemeine, schwer verwundet 5 Officiere, 50 Gemeine. Besonders zweifelt man an der Rettung des Lieutenant Michaelis vom 6ten Regiment, der durch 2 Schüsse in den Kopf tödtlich verwundet ist. Die Insurgenten sind völlig vernichtet; die Zahl der Todten ist noch nicht genau ermittelt; im Schrimm befinden sich 120 Verwundete, unter ihnen Leo Dombrowski. Alle Uebrigen wurden, circa 700 an der Zahl, gefangen, unter ihnen der Referendar Magdzinski; ein Theil derselben wird nach Cüstrin abgeführt. Die Truppen haben sich gegen Neustadt und Miloslaw gewendet, hierhin unter General Blum, dorthin unter Oberst v. Brand. Wir erwarten künftlich neue Nachrichten.

Berlin, den 29. April. Noch nie hat wohl ein Gegenstand so das Interesse aller Klassen der Gesellschaft in Anspruch genommen, als gegenwärtig die Wahlangelegenheit; täglich mehrt sich die Zahl unserer Vereine und Clubs und in allen dreht sich die Diskussion gegenwärtig fast allein um die Wahlen, jeder constituirt Wahlcomités, stellt Kandidatenlisten auf, leider aber nimmt keiner Rücksicht auf den andern. Namentlich sehen die vorbereitenden Versammlungen der nunmehr abgegrenzten Wahlbezirke von allen Vorarbeiten der Clubs ab und bilden selbst Candidatenlisten, die in jeder Sitzung beliebig umgeformt werden; z. B. nöthigte man in meinem Wahlbezirk gestern die ursprünglich auf der Candidatenliste befindlichen Beamten durch ziemlich handgreifliche Darlegung der Antipathie gegen sie zum freiwilligen Rücktritt. Am rationellsten verfährt jedenfalls der constitutionelle Clubb. Er bringt erstens eine Liste von 18 Männern, die durch Stimzetteln in einer Versammlung des Clubbs zu Candidaten gewählt sind, darunter die Namen Lette, Crelinger, Pruz, Keller, Wöniger, Dove, v. Dazür, wie man sieht Männer der verschiedensten Schattirungen; dann eine Reihe vom Wahlcomité vorgeschlagener Männer, wobei besonders der Handwerkerstand berücksichtigt ist; endlich folgt eine Liste der Candidaten, die sich selbst gemeldet, unter denselben befindet sich Dr. S. W. Klette ehemaliger Bürgermeister von Rawicz, der als Candidat für Posen auftritt. Diese Listen werden an die einzelnen Bezirke gesendet und bei dem An-

sehn / das der constitutionelle Clubb genießt, ist wohl zu erwarten, daß sie für einen großen Theil der Wähler normgebend sein werden. — Der politische Clubb dagegen ist völlig in Decadance, die radikalen Redner vermögen sich nicht mehr rechtes Gehör in den Volksversammlungen zu verschaffen und werden häufig durch tadelnde Zwischenrufe unterbrochen. Vorgestern hat sich im Englischen Hause wieder ein neuer Verein gebildet, der sich „Volksclubb“ nennt und dessen Vorsitzender Prof. Agathon-Benary ist. — Aus unserem Ministerium ist Reyer nunmehr definitiv geschieden, dem Vernehmen nach ist die Cabinetsordre, die an seine Stelle den in der Rheinprovinz kommandirenden Grafen Canig beruft, bereits ausgefertigt. In das Kriegsministerium sind außerdem, wie man hört, der Oberst v. Auerwald und der Major Fischer bestimmt, letzterer soll eine militairisch-diplomatische Capacität sein. — Gegen Herrn von Willisen herrscht hier großer Unwille, seine Erklärung befriedigt nicht, da man weiß, daß seine Angaben zum großen Theil falsch sind. Unmittelbar nach seiner Rückkehr von Posen begab sich Herr von Willisen nach Potsdam, um dem Könige persönlich Bericht zu erstatten. Er ist jedoch, wie wir bestimmt wissen, nicht vorgelassen worden, obgleich er sich darum einen ganzen Tag bemühte und dabei noch von seinem Bruder, der als Flügel-Adjutant bei Sr. Maj. Dienst that, unterstützt wurde. Das dortige Militär, das sich übrigens den neuen Zuständen immer offener anschließt und nur bemüht ist, die alte Ehrenhaftigkeit zu bewahren, gab Herrn von Willisen unzweideutige Zeichen, wie gut er thun würde, auch hier jede nähere Berührung mit den Soldaten zu vermeiden. — Unsere Stadtbehörden haben eine Adresse an die Bewohner Mannheims beschloffen, die von Herrn Weit redigirt wird und nächstens abgehen wird. — Rupp ist seit einigen Tagen hier und verkehrt viel mit den Leitern der verschiedenen Clubs. — Prof. Bauerband, der berühmte Lehrer des Rheinischen Rechts an der Universität Bonn, ist ebenfalls hier angekommen. Er ist, wie man hört, in das Kultusministerium berufen.

* Wien, den 27. April. Die Berichte des Grafen Nugent bestätigen die von mir schon gestern gemeldete Einnahme von Udine. Die ganze Provinz Triaul scheint dem Beispiel dieser Stadt zu folgen und sich zu unterwerfen. Bei Ponte-tesa kam es zu einem Kampfe, die Destreicher segten und nahmen die Stadt. Palma's Unterwerfung steht bevor, es ist von der Brigade Fürst Schwarzenberg cernirt. — Nach Berichten aus Trient vom 21. wurden die vom Val di non bis vor Riva gestandenen Insurgenten von dort bis Conbino zurückgeworfen, mußten Tione räumen und sich bis Lodron, nachdem sie ansehnliche Verluste erlitten, zurückziehen. — Nach einem Briefe aus Rivavolo war der Stadt Mantua eine Contribution von 400,000 Livres aufgelegt. Am 17. hatten die päpstlichen Truppen den Po zu überschreiten begonnen.

+ Frankfurt, den 27. April. In der am vorgestrigen Tage stattgehabten Sitzung des Fünfziger-Ausschusses brachte Kuranda die Verhältnisse in Böhmen zur Sprache, wo die Czechen in der Meinung: daß ihre Nationalität durch den Anschluß an Deutschland gefährdet sei, die Parlamentswahlen verweigerten. Graf Bissingen erklärte die Lage der Dinge für sehr bedenklich, die czechische Partei äußere laut, man wolle sich lieber Rußland in die Arme werfen, als an Deutschland anschließen. Ich bemerkte, daß eine Losreißung Böhmens, dessen 3ter Theil durch Abstammung, Cultur und Sprache deutsch sei, für Böhmen, wie für Deutschland ein großes Unglück sein würde. In Erwägung, daß die Ausschuss-Beschlüsse wegen Achtung jeder Nationalität innerhalb des deutschen Staatsgebiets noch nicht genug bekannt in Böhmen seien, wurde beschloffen, eine Deputation dorthin zu senden, dieselbe besteht aus den Herren Kuranda und Wächter. — Blum berichtete über die Verhandlung mit der Hanauer Deputation, sie hatte nur zugesichert, daß die Gemeinden den Soldaten (für den Durchzug) 2 Tage Kost und Logis geben würden; es sei übrigens schon ein badischer Offizier angekommen, um den Marsch der Kurhessen nach Baden zu beschleunigen. Soiron theilte der Versammlung die neuesten Berichte aus Freiburg, Karlsruhe und Heidelberg mit, so wie die Verfügung wegen Einführung des Kriegszustandes im See- und Oberrheinkreise. Auf Rehs Antrag wurde beschloffen eine Proclamation an das Volk zu erlassen, darin die Erklärung: der Ausschuss spricht seine volle Zustimmung zu den Maßregeln der Badischen Regierung aus, welche er eben so sehr im Interesse der Freiheit wie der Ordnung findet. — In der Nachmittags-sitzung kam die Frage über die Zulässigkeit der gleichzeitigen Berufung von constituirenden Versammlungen in einzelnen deutschen Ländern — während der Dauer der allgemeinen deutschen constituirenden Versammlung — zur Berathung. Man beschloß der Bundesversammlung zur Beschlußnahme mitzutheilen, 1) daß es dem, der für die constituirende Versammlung und die Landeskammer zugleich gewählt sei, freistehen solle, beide Wahlmoder erstere anzunehmen, daß dies als gesetlicher Grund für Urlaub oder Ablehnung der Wahl für die Landeskammer gelten müsse; 2) daß die Landtage während jener Zeit nur in den dringendsten Fällen zusammenzubekommen seien; 3) daß constituirende Versammlungen in den einzelnen Ländern nicht vor Beendigung des allgemeinen Deutschen Verfassungswerks stattfinden möchten.

Die erste Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen ist in drei Haupttheile getheilt. Der erste Theil enthält die allgemeinen Grundsätze der Verfassung, der zweite Theil die Bestimmungen über die Organisation der Regierung, und der dritte Theil die Bestimmungen über die Organisation der Legislative. In der ersten Abtheilung wird die Nothwendigkeit einer Verfassung für das Großherzogthum hervorgehoben, und es wird die Forderung gestellt, dass die Verfassung die Grundrechte des Bürgers schützen und die Regierung an die Rechte des Volkes knüpfen soll. In der zweiten Abtheilung wird die Organisation der Regierung geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

In der ersten Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen wird die Nothwendigkeit einer Verfassung hervorgehoben. Es wird die Forderung gestellt, dass die Verfassung die Grundrechte des Bürgers schützen und die Regierung an die Rechte des Volkes knüpfen soll. In der zweiten Abtheilung wird die Organisation der Regierung geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

In der ersten Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen wird die Nothwendigkeit einer Verfassung hervorgehoben. Es wird die Forderung gestellt, dass die Verfassung die Grundrechte des Bürgers schützen und die Regierung an die Rechte des Volkes knüpfen soll. In der zweiten Abtheilung wird die Organisation der Regierung geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

Die zweite Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen enthält die Bestimmungen über die Organisation der Regierung. Es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. Der Fürst soll die Regierung leiten, und das Ministerium soll die Geschäfte der Regierung besorgen. Es wird die Forderung gestellt, dass die Mitglieder des Ministeriums von dem Fürsten ernannt und entlassen werden können. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

In der zweiten Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen wird die Organisation der Regierung geregelt. Es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. Der Fürst soll die Regierung leiten, und das Ministerium soll die Geschäfte der Regierung besorgen. Es wird die Forderung gestellt, dass die Mitglieder des Ministeriums von dem Fürsten ernannt und entlassen werden können. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

In der zweiten Abtheilung der Meinung für das Großherzogthum Hessen wird die Organisation der Regierung geregelt. Es wird die Forderung gestellt, dass die Regierung aus einem Fürsten und einem Ministerium bestehen soll. Der Fürst soll die Regierung leiten, und das Ministerium soll die Geschäfte der Regierung besorgen. Es wird die Forderung gestellt, dass die Mitglieder des Ministeriums von dem Fürsten ernannt und entlassen werden können. In der dritten Abtheilung wird die Organisation der Legislative geregelt, und es wird die Forderung gestellt, dass die Legislative aus einer Kammer bestehen soll, die die Fürstliche Kammer und die Volkskammer umfasst.

Extra-Blatt

31

N^o 101. der Zeitung für das Großherzogthum Posen, ausgegeben am 2. Mai 1848.

Die anstatt der Ruhe in der Provinz immer mehr zunehmende Aufregung und Anarchie, die immer weiter um sich greifende Bewaffnung der polnischen Bevölkerung und der offene bewaffnete Widerstand, welcher an mehreren Orten den friedlich einrückenden Truppen daselbst entgegentrat und der sich unbestreitbar auf die vorhandenen Cadres der Insurgenten stützt, so wie die von letzteren in fast allen Punkten gebrochene Convention vom 11. April c., hatte das Maaß der bisher genugsam bewiesenen Milde und Nachsicht so überfüllt, daß ich mich veranlaßt gesehen habe, mit der Gewalt der Waffen einzuschreiten.

Demzufolge wurde am 29. v. M. das bei Xions versammelte Insurgenten-Corps aufgefordert, die Waffen niederzulegen und friedlich auseinander zu gehen. Sie antworteten jedoch hierauf mit Flintensfeuer und wurden demnach sofort von den Truppen unter dem Befehl des Obersten v. Brandt mit den Waffen angegriffen. Das Fußvolk der Insurgenten hatte die mit sehr starken kunstgerecht angelegten Barrikaden gesperrte Stadt besetzt, welche durch einen umfassenden Angriff von der Infanterie nach einem fast 2stündigen hartnäckigen Kampfe genommen wurde, bei welchem die Insurgenten die Truppen aus Häusern und Scheunen, aus den Kirchen und von dem Thurme herab heftig beschossen.

Dieser Verlust beträgt an Todten einige 30 Mann, an Verwundeten 5 Offiziere und 46 Mann. Die bedeutende Anzahl der Todten und Verwundeten auf Seiten der Insurgenten ist bis jetzt nicht genau zu ermitteln gewesen, da viele derselben von den Einwohnern von Xions weggebracht worden und von den Ersteren auch eine Anzahl in dem, durch das Gefecht in Brand gerathenen Orte verbrannt sein mögen. Außer dem Hauptanführer Leo Dabrowski sind sämtliche übrigen Führer todt, verwundet oder gefangen in die Hände der Soldaten gefallen. Ebenso wurde der auf dem Marktplatz zusammengedrückte Rest der Vertheidiger von Xions, circa 600 Mann, einschließlich des im Prediger-Gewande mit Reithosen, Sporen und Säbel bekleideten Feldpredigers Koszucki, gefangen genommen. Die Cavallerie der Insurgenten, etwa 300 Pferde stark, wurde gleich Anfangs nördlich der Stadt durch eine Attacke der diesseitigen Cavallerie geworfen und mit großem Verluste zerstreut. Dasselbe Schicksal hatte eine beträchtliche Masse von Senfemännern und Cavallerie, welche während des Kampfes in der Stadt zur Untersützung heranrückte.

Am folgenden Tage, den 30. April, setzte der Oberst v. Brandt seine Bewegung auf Neustadt fort, welches wider Erwarten von den Insurgenten verlassen war.

Der General v. Blumen war dagegen am Vormittage des 30. April von Schroda gegen Miloslaw aufgebrochen, hatte Winnagóra bereits besetzt gefunden und der gegen dasselbe vorgeschickte Parlamentair war mit Büchsenfeuer empfangen worden. Bei Annäherung der Blumen'schen Colonne verließen die Insurgenten jedoch Winnagóra und zogen sich auf Miloslaw zurück. Nachdem der General v. Blumen hier den Führer dieses Insurgenten-Corps, den vor Kurzem durch Sr. Majestät den König begnadigten Miroslawski, aufgefordert hatte, sich und seine Schaaren dem Gesetz und der Ordnung zu unterwerfen, dieses aber auf das Bestimmteste zurückgewiesen worden war, eröffnete die Artillerie den Kampf, worauf die Infanterie den Ort selbst von Norden her angriff und nach hartnäckiger Gegenwehr eroberte. Die Insurgenten wurden völlig aus Miloslaw herausgeworfen und zogen sich in den südlich des Ortes gelegenen nahen Wald. Die Infanterie der Blumen'schen Colonne ging bis an die südliche Pforte von Miloslaw vor, während die diesseitige Kavallerie die Insurgenten bis an den Wald selbst verfolgte. Hier wurde diese Kavallerie aber unerwartet von einem äußerst heftigen Büchsenfeuer in Front und Flanke empfangen; sie stuzte und in diesem Augenblick fiel eine Abtheilung berittener Insurgenten auf ihre rechte

Flanke, brachte die Cavallerie dadurch in Unordnung und warf sie bis Miloslaw und auf die dort befindlichen übrigen Truppen zurück.

Da die ohnehin an Zahl weit überlegenen Insurgenten zu dieser Zeit noch bedeutende Verstärkungen von Neustadt her erhielten und nun mit erneuerter Macht und großer numerischer Ueberlegenheit aus dem Walde gegen Miloslaw vordrangen, so gelang es nur der aufopferndsten Anstrengung der Offiziere, das sofortige Eindringen der Insurgenten in den Ort zu verhindern, welcher hierauf noch 2½ Stunde gehalten wurde.

Endlich, nach einem fünfstündigen blutigen Kampfe, waren sämtliche Truppen der Blumen'schen Colonne aufs Höchste erschöpft, so daß Miloslaw den immer mit neuen Massen angreifenden Insurgenten überlassen und der Rückzug auf Schroda angetreten werden mußte. En in Miloslaw genommenes metallnes Geschütz der Insurgenten mußte aus Mangel an Transportmitteln zurückgelassen werden. Der Rückzug selbst wurde von den Insurgenten nicht beunruhigt.

Der diesseitige Verlust beträgt an Todten: 3 Offiziere, 3 Unteroffiziere und 12 Mann; an Verwundeten: 11 Offiziere, 1 Unteroffizier und 29 Mann; dagegen an Vermissten: 8 Unteroffiziere und 249 Mann. Der überaus bedeutende Verlust an Offizieren wird am besten darthun, mit welcher Hartnäckigkeit gekämpft wurde, und mit welcher aufopfernden Hingebung die Offiziere den Soldaten vorangegangen sind.

Posen, den 1. Mai 1848.

Der kommandirende General
(gez.) von Colomb.

Posen, den 1. Mai. Aus einem uns vorliegenden nicht amtlichen Bericht theilen wir unsern Lesern noch Nachstehendes mit:

Die im Treffen bei Miloslaw gebliebenen Offiziere sind die Lieutenants v. Uthmann, v. Gayette und v. Kern. — Hauptmann Knorr, durch einen Schuß an beiden Beinen verletzt, soll später von den Senfemännern auf gräßliche Weise verstümmelt worden sein. — Unter den Offizieren, die mit höchster Auszeichnung gefochten, nennt man besonders den verwundeten Lieutenant v. Wedell und den Lieutenant Rother, der den Helm auf der Degen Spitze tragend, seinem Zuge zwanzig Schritt voraus marschirte, diesem zur muthigen Folge auffordernd. Auch die Bravour des Lieutenants vom 7 Husaren-Regiment v. Wedell wird von allen Seiten gerühmt. — Eine Abtheilung von 500 Gefangenen aus dem Gefechte von Xions wurde heut von Kurnik aus durch 100 Mann Infanterie und 20 Husaren mit 3 Offizieren hierher eskortirt. In der Waldung zwischen Kurnik und Szdki wurde dieser Zug von einigen hundert Bewaffneten mit großer Entschlossenheit angegriffen. Es entspann sich ein lebhaftes Gefecht, in dem auf polnischer Seite mehre Leute fielen. Hinter Szdki traf die Eskorte mit einem Detachement zusammen, das von hier aus nach Miloslaw nachrückte. Die Artillerie, geführt vom Hauptmann Rethke, gab eine Kartätschenlage, worauf die Senfemänner sich zurückzogen. Die Gefangenen sind hier auf Fort Winiary abgeliefert worden. — Von der Post aus verbreitete sich gegen Abend die Nachricht, daß am heutigen Vormittage Ludwig v. Miroslawski gefallen sei. — Miloslaw soll Morgen wieder mit Sturm genommen werden.

